



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 37654-59

Fernschreiber 039 890

P/VIII/129 - 6.6.53

Hinweise
auf den Inhalt:

Der Kanzler und die deutsche Einheit	S. 1
Argentinien sperrt sich ab	S. 3
Angst vor der eigenen Courage	S. 4
Kuhhandel und kein Ende (Zur Diskussion um den Wahlgesetzentwurf)	S. 6

Albtraum Viererkonferenz

P.R. Das Bemühen des Bundeskanzlers ist zurzeit vorherrschend darauf gerichtet, den schlechten Eindruck, den seine Politik der Erschwerung des Zustandekommens einer Viererkonferenz in weitesten Kreisen der deutschen Öffentlichkeit und im europäischen Auslande hervorrufft, durch Erklärungen wettzumachen, er wünsche eine solche Konferenz.

Ollenhauer, der Vorsitzende der SPD, hat diesen Punkt in den Vordergrund seiner Ausführungen vor der deutschen und ausländischen Presse gestellt und darauf hingewiesen, dass der Umfang der Vorbedingungen, die der Kanzler für eine solche Konferenz stellt, de facto darauf hinausläuft, sie zu verhindern, so die Forderung, man könne nur zusammenkommen, wenn man des positiven Ergebnisses sicher sei, d.h. zu deutsch, wenn man das erhoffte positive Ergebnis an den Anfang und nicht an den Schluss von Beratungen gestellt sehen will. Ollenhauer hat auch sehr klar gemacht, dass das Operieren mit dem Potsdamer Abkommen als einer Art politischen Schreckgespenst, das die Vorstellung einer Rückkehr zu den Zuständen vor 1945 vermitteln soll, nur ein weiteres Mittel in der Stimmungsmache gegen eine Viererkonferenz ist.

Die Reisen Hallsteins und Blankenhorns nach Paris und Washington lagen auf eben dieser Linie, wobei es selbstverständlich

ist, dass das bei der allgemeinen Stimmung nicht offen zugegeben werden kann. Sie waren auch vom europäischen Gesichtspunkt her eine schlechte Sache. Es will schon etwas heissen, wenn dieser Tage Zeitungen, die dem Lager der Regierung sehr viel näher stehen als der Opposition, sich in dem Sinne äussern, das Vorgehen der Bundesregierung könnte so aussehen, als beabsichtige man, die amerikanische Regierung vor Frankreich und England zu warnen, es sei ungeschickt, die Franzosen und vor allem die Engländer mit einseitigen Visiten vor den Kopf zu stossen und man gewinne den Eindruck, dass die Reisen Hallsteins und Blankenhorns besser unterblieben wären.

Die Bundesregierung hat dann am Wochenende recht bombastisch von einer Botschaft Eisenhowers berichtet, die zugesagt habe, die Westmächte würden über Deutschlandfragen nicht ohne volle Konsultation des Kanzlers entscheiden. Es ist nichts gesagt und kann natürlich auch nichts darüber gesagt werden, mit welchem Erfolg für den Befragten diese Konsultation erfolgen werde, es gibt in der Politik nichts Unverbindlicheres als die Zusicherung solcher gegenseitigen Fühlungnahmen. Es würde schon ein starkes Stück sein, wenn man sich bei solcher Gelegenheit nicht einmal nach dem Standpunkt dessen erkundigen wollte, um dessen Schicksal es geht, noch dazu, wenn man sonst den Begriff der Partnerschaft seit Jahr und Tag im Munde führt. Hier ist einfach mit grossem Aufwand eine schlichte Selbstverständlichkeit plakatiert worden. Nicht erreicht worden ist, worauf es angekommen wäre: Einen ständigen Beobachter für die Bermuda-Konferenz durchzusetzen. Die Form, dies der deutschen Öffentlichkeit mitzuteilen, fand man in der Erklärung, man habe es nicht gewollt.

Inzwischen hat sich herausgestellt, daß man Blankenhorn keineswegs eingeladen hat und daß sich die Regierung in Washington für den Weg ad hoc-entsandter Sonderbotschafter, (den man selbst freilich oft bevorzugt), nicht erwärmen kann. Der stellvertretende Hohe Kommissar Reber überbrachte die Mitteilung Eisenhowers, - über deren Inhalt übrigens von amerikanischer Seite noch nichts Authentisches mitgeteilt worden ist - ehe Herr Blankenhorn aus Washington zurück war. Ganz offenbar wünscht man die Einhaltung des normalen Weges über die Besatzungsinstitution des Hochkommissars.

In der Richtung, zu warnen und zu bremsen, hat die Regierung ohne Zweifel eine lebhaftere Initiative entfaltet, aber es ist die falsche, ja geradezu die entgegengesetzte Richtung von dem, was notwendig ist. Ein schwacher Hoffnungsschimmer war die Bemerkung des CDU-Abgeordneten Schröder, der erklärte, bereit zu sein, mit der SPD reale Vorschläge für ein Vierertreffen zu erörtern. Man erinnert sich dabei an das Wort Herrn von Brentanos, man müsse zu einem Gespräch kommen, auch unter eventuellem Verzicht auf die Aufstellung einer vorherigen, das Zustandekommen einer Konferenz erschwerenden Tagesordnung. Von dieser Erkenntnis blieb in der politischen Praxis der Bundesregierung auch nicht das geringste übrig. In Wahrheit lastet die Vorstellung einer solchen Konferenz wie ein Albtraum auf der Regierung.

Eiserner Vorhang auch in Südamerika

Wachsende deutschfeindliche Stimmung in Argentinien

Der nachfolgende Auszug ist dem Brief eines Deutschen entnommen, der seit längerer Zeit in Uruguay lebt und die Ereignisse in Argentinien aus unmittelbarer Nachbarschaft verfolgen kann:

"Ich muß bei der Gelegenheit wiederholen, daß sich zwischen Uruguay und Argentinien ein Eiserner Vorhang niedergelassen hat, der so undurchdringlich ist, wie der zwischen dem demokratischen und kommunistischen Teil Europas. Reisen von Uruguay nach Argentinien sind so gut wie unmöglich geworden. Seit dem 24. April sind auch die Dauervisita für Diplomaten zur Einreise nach Argentinien annulliert und durch Sonderbewilligungen für jede Einzelreise ersetzt worden. Diese Maßnahme der argentinischen Regierung wird noch Gegenstand besonderer diplomatischer Vorstellungen aller der Länder, die durch diese Maßnahme betroffen wurden, werden.

Gegenwärtig gehen die Wogen in Argentinien sehr hoch und alle Welt hat den Eindruck, daß sich Dinge im Nachbarstaate vorbereiten, die u.U. eine Änderung des ganzen Regierungssystems unseres Nachbarlandes zur Folge haben werden. Die Verhaftungen nehmen jeden Tag an Zahl zu; besonders hat man es seit wenigen Tagen auf die argentinischen Sozialdemokraten abgesehen, die jetzt haufenweise in den Kerker wandern. Ich finde das begreiflich; denn die SP Argentiniens ist die einzige Partei, die es in ihrem Kampf gegen Peron und seinen Justitialismus ernst meint. Wenn sich in die gegnerische Gruppe auch Vertreter der äußerst rechtsstehenden bürgerlichen Parteien, vor allem die der Großgrundbesitzer, Industriellen und Großkaufleute eingereicht haben, so nicht aus politischen Erwägungen, sondern nur, weil sie sich in ihrer ausbeuterischen Tätigkeit durch die Peronregierung beeinträchtigt fühlen. Zu dieser letzten Gruppe gehören leider auch die Deutschen.

Unter den 600000 Deutschen Argentiniens gibt es nur wenige, die ein elendes Dasein, wie das der argentinischen Peone, zu führen gezwungen sind. Die meisten leben in guten Verhältnissen und sind infolgedessen heute durch die Tätigkeit der Regierung recht betroffen.

Zu Beginn des Peronismus standen sie fast restlos auf der Seite dieses antifreiheitlichen Systems. Dadurch gerieten sie vor allem in Widerspruch zu dem nicht unbeträchtlichen jüdischen Teil der deutschen Kolonien in Argentinien (es sollen allein 180000 ehemalige deutsche Juden in Argentinien und davon fast 120000 in Buenos Aires leben). Sie zogen sich aber auch durch ihre pro-peronische Haltung die Feindschaft der freiheitliebenden Argentinier zu und ich kann heute ohne jede Übertreibung behaupten, daß, wenn in diesen Kreisen, denen das "Morgen" gehört, sich derzeit eine antideutsche Gesinnung wieder breit macht, dies nur auf die Haltung der deutschen Kolonie und leider auch der deutschen diplomatischen Vertretung, dessen Chef aus seiner Liebe zum Justizialismus keinen Hehl macht, zurückzuführen ist".

+ + +

Parlamentsmehrheit als Regierungsinstrument

(sp) In den nächsten Bundestagssitzungen wird sich das schlechte Verhältnis der Koalitionsparteien zur parlamentarischen Demokratie erneut beweisen. Die deutsche und die internationale Öffentlichkeit werden Zeuge der Selbstaufgabe der gegenwärtigen Parlamentsmehrheit und der Preisgabe der parlamentarischen Entscheidungsmacht durch diese Mehrheit sein. In der am 6. Juni zu Ende gegangenen Woche haben die Koalitionsparteien diese Preisgabe beschlossen, indem sie sich weigerten, den zum Teil auch mit ihren Stimmen vom Bundestag am 2. Juni in namentlicher Abstimmung gefassten Beschluss über die Ablehnung des Gesetzes über die Deckung der Rentenzulagen anzuerkennen. Das Kabinett hat diese Verweigerung gewünscht und die Koalitionsparteien haben sie zugesagt, das ist in einer parlamentarischen Demokratie ein ungeheuerlicher Vorgang, der sich in Bonn nur dadurch erklären lässt, dass die Fraktionen der Regierungsparteien sich nicht als die vom Volk gewählten Vertreter und als Wahrer der Souveränität des Parlaments gegenüber der Regierung, sondern als die Teile einer für den Bundeskanzler arbeitenden Abstimmungsmaschine sehen.

Von nichts anderem kann gesprochen werden, wenn es die Regie-

rungsparteien auf Druck des wieder einmal mit seinem Rücktritt drohenden Finanzministers übernahmen einen vom Parlament abgelehnten Gesetzentwurf noch einmal - diesmal als Initiativentwurf der Fraktionen - im Bundestag einzubringen. Es entspricht ganz dem inneren Zusammenhang der Dinge, wenn sie es dem Presseamt der Bundesregierung überliessen, diesen Vorgang der Öffentlichkeit mitzutellen, Fraktionen, die keinen Respekt vor parlamentarischen Beschlüssen kennen, lassen ihre Dinge wohl in der Tat am besten direkt von der Regierung vertreten. Die sozialdemokratische Opposition hat sich in der Vergangenheit allen verfassungsrechtlich einwandfreien parlamentarischen Beschlüssen auch dann gebeugt, wenn sie ihrem Standpunkt nicht entsprachen. Sie wird in diesem Fall darauf bestehen, dass die Fraktionen der Regierungsparteien den gleichen Respekt vor den Institutionen unserer Demokratie aufbringen. Wir haben es im Dezember 1952 bei einer verfassungsgerichtlichen Entscheidung erlebt, dass sich die Regierung auf den Standpunkt stellte, Recht ist, was uns nützt, und wir sind nicht bereit, es nun hinzunehmen, dass die Fraktionen der CDU/CSU/FDP und DP den Standpunkt praktizieren: parlamentarische Beschlüsse gelten nur dann, wenn sie unserer Regierung nützen.

Von dieser aktuellen Grundsatzfrage abgesehen, ist auch vom Inhalt des Gesetzes her, eine "Korrektur" des Bundestagsbeschlusses unvertretbar. Es ist unmöglich, die Ausgabenseite des Bundeshaushalts dadurch zu entlasten, dass in die Liquidität der Sozialversicherungsträger eingegriffen und ein Weg beschritten wird, wie er schon einmal in der deutschen Geschichte, es war 1938, eingeschlagen worden war und der dann auch für eben diese Träger der Sozialversicherung zum bitteren Ende führte. Im Jahre 1953 ist es besonders interessant, dass sich gerade die Vertreter der "freien Wirtschaft" dafür einsetzen, dass Gelder der Sozialversicherung in den Bundeshaushalt eingebaut werden. Deshalb ist es auch auf der anderen Seite verständlich, dass der Unternehmerpartei CDU zum Ausgleich von Defiziten diese Mittel näher liegen, als etwa die Einführung einer Bundesfinanzverwaltung, einer höheren Besteuerung der grossen Einkommen oder als das Bestehen auf einem unsere Leistungskraft nicht übersteigenden finanziellen Wehrbeitrag für die Besatzungsmächte.

Kuhhandel und kein Ende

A.E. Immer knapper wird die Frist für eine Verabschiedung des neuen Wahlgesetzes durch den Bundestag. Die Sitzung des Wahlrechts-Ausschusses, die am kommenden Montag einen endgültigen Beschluß fassen sollte, ist auf Mittwoch verschoben worden. Geht dieses würdelose Katz- und-Maus-Spiel um eine der wichtigsten Entscheidungen, die der nun zu Ende gehende Bundestag zu fassen hat, weiter, so ist damit zu rechnen, daß erst der Wähler sozusagen in der allerletzten Minute erfahren wird, nach welchem Verfahren er die Kandidaten für das neue Parlament zu wählen hat.

Ohne auf die verwickelten Diskussionen und Auseinandersetzungen im Wahlrechts-Ausschuß des Bundestages, die selbst für die Beteiligten immer unübersichtlicher werden, näher einzugehen, kann man wohl heute schon sagen, daß die ganze Art, wie um das kommende Gesetz ein Kuhhandel betrieben wird, zu den dunkelsten Kapiteln der deutschen Parlamentsgeschichte gehört. Was sollen die Wähler und Wählerinnen, bei denen ja die letzte Entscheidung über Inhalt und Richtung der künftigen deutschen Politik ruht, denken, wenn sie tagtäglich aus der Presse erfahren müssen, daß mächtige Einflüsse am Werke sind, diese Entscheidung in einem für die gegenwärtige Regierung günstigen Sinne zu verfälschen. Was sollen sie von jenen Abgeordneten denken, die sozusagen über Nacht ihre Standpunkte wechseln und Grundsatzfragen der Demokratie zum Gegenstand von Sonderwünschen und Sondergeschäften machen. Vor dem Kanzlerthron brach schon so mancher Mannesstolz ...

Darunter muß der Gedanke der Volksvertretung überhaupt schwersten Schaden nehmen. Der Versuch, durch ein ausgetüfteltes Wahlsystem die Entscheidung der Wähler vorwegzunehmen, muß im Volke die ohnehin latente Meinung verstärken, 'die da oben machen doch alles, was sie wollen. Sie treiben mit uns Schindluder. Sie meinen nicht, was sie sagen und sagen nicht, was sie meinen'. Ein resignierendes und dem Zynismus verfallendes Volk wird aber, auch das haben wir schon erlebt, eine leichte Beute jener, die sich zu seinem Beherrscher aufschwingen wollen. Ist das vielleicht die hintergründige Absicht jener Gruppe von Abgeordneten, die durch immer neue Verzögerungen und Druckmittel verhindern wollen, daß ein klares, einfaches und den Volkswillen nicht verfälschendes Wahlgesetz rechtzeitig verabschiedet werden kann?

+ + +

An unsere Bezieher: Berichtigung

In unserer gestrigen Ausgabe Nr. 128 muß es im letzten Satz des letzten Absatzes des Leitartikels "Demokratische Kontrolle der Außenpolitik" heißen ... "um so etwa leichter auf die Mitwirkung an der Außenpolitik der im Bundestag (anstatt Bundesrat) organisierten politischen Kräfte verzichten zu können".

Verantwortlich: Peter Raunau